

Inhalt

Vorwort	7
1. Streit um das Erinnern	15
Woran erinnern?	15
Koloniale Vergangenheit	20
Neuer Historikerstreit?	24
Die DDR erinnern	27
Erforschen, erinnern, gedenken	30
2. Niederlage oder Befreiung? Das Ende des »Dritten Reiches« im Gedächtnis der Deutschen	35
3. Widerstand als Legitimation der beiden deutschen Nachkriegsstaaten	53
4. Verweigerte Emotion: Judenfeindschaft nach dem Holocaust	68
5. Amnesie	80
6. »Stolz, deutsch zu sein«: Aufbegehren gegen die Geschichte	92
7. Philosemitismus: Staatsräson, Herzenssache, Pflicht?	109
8. Blinder Eifer: Erinnerungsverbote aus Solidarität mit Israel	125

9. Ungeliebte, vergessene, verleugnete Opfer	139
Die Tragödie der Cap Arcona	140
Deserteure – Das Unrecht nationalsozialistischer Militärjustiz	144
Homosexuelle	148
Als »Zigeuner« verfolgt, als Sinti und Roma missachtet	151
Ein Denkmal für Jehovas Zeugen?	157
Verweigerte Erinnerung an Opfer der »Euthanasie« und Zwangssterilisation	160
Gemeinschaftsfremde und Kriminelle	163
10. Erinnerungsorte: Das singuläre Verbrechen in der Nachbarschaft	165
11. Zeitzeugen: Balanceakt zwischen Empathie und Wissenschaft	178
12. Denkmalsetzungen: Ankerplätze im kulturellen Gedächtnis der Nation	198
13. Wege in die Zukunft	211
Anmerkungen	225
Literaturverzeichnis	235

Vorwort

Der israelische Philosoph Avishai Margalit unterscheidet geteilte Erinnerung von gemeinsamer Erinnerung. Das gemeinsame Erinnern gilt einem Ereignis, an dem Individuen teilgenommen haben, die sich als Gruppe daran erinnern. Die geteilte Erinnerung stiftet Gemeinschaft, ist deren Erbe, umgreift Generationen und begründet eine gemeinsame Ethik. Aleida Assmann spricht vom kulturellen Gedächtnis, die Erinnerungsgemeinschaft pflegt es in der Erinnerungskultur mit den rationalen Methoden der Geschichtswissenschaft und den emotionalen Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbstvergewisserung durch Denkmale und Rituale, mit Sprachregelungen und Stolpersteinen, durch Zeitzeugen, in Gedenkstätten, durch die Bewahrung von Überresten in Museen und an authentischen Orten.

Dieses Buch will keinen Beitrag zur Theorie über das öffentliche Gedächtnis leisten. Es ist auch weder Handreichung zur Gedenkarbeit noch Plädoyer für die Erweiterung des Erinnerungsraums. Thema ist der Umgang mit der Erblast aus der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft, den Verbrechen unter menschenfeindlicher Ideologie, die die deutsche Gesellschaft nach der Katastrophe verstummen ließ. Die Mithandelnden und Mitlebenden schwiegen lange, die einen aus Trotz und Furcht vor Strafe, die anderen erklärten sich als Mehrheit unbeteiligt, weil sie nicht gemordet, nur gejubelt oder sich auch nur geduckt hatten, als Widerstand noch möglich gewesen wäre.

Der Amnesie, die mit der Metapher »Unfähigkeit zu trauern« psychoanalytisch zutreffend diagnostiziert war, folgte das Aufbegehren einer Generation von Studierenden 1968 und, ein Jahrzehnt später, das Erweckungserlebnis durch die Fernsehserie *Holocaust*. In den 1980er-Jahren begann das, was als »Erinnerungskultur« vielen den Grund zum Stolz des mündigen Bürgers auf den Umgang mit verstörender Vergangenheit bietet. Andere, wie die intellektuell und moralisch anspruchslöse Gefolgschaft einer rechtsradikalen Partei, wollen die Demokratie zerstören und zerren dazu aus der Klamottenkiste die abgelegten Phrasen von »Blut und Boden«, von »Volk und Nation«, vom »Stolz, deutsch zu sein«.

Rechtsextreme Gruppierungen, Alt- und Neonazis hat es seit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes immer gegeben (nicht nur in der BRD, wo sie sich organisieren durften, auch in der DDR, wo die Obrigkeit deren Existenz verleugnerte), aber sie blieben Sekten, waren Minderheiten und Außenseiter. Die rechtsextremen Parteien und Bünde, geführt von Demagogen, die den Nationalsozialismus verharmlosen und dessen Verbrechen leugnen, entstanden, verschwanden, gründeten sich neu. Sie waren unappetitlich, aber belanglos. Die Partei, die sich »Alternative für Deutschland« nennt, öffentlich völkisch-nationalistischen Fremdenhass predigt, insgeheim zur Destruktion der Demokratie im Staat und in der Gesellschaft verabredet ist und so schamlos Geschichtsklitterung betreibt, dass man ihr Idol Höcke einen Faschisten nennen darf, ist erfolgreich, auch wegen der Denunziation des Erinnerns an die Verbrechen des »Dritten Reiches«. Die Akzeptanz der AfD, die sich in Wählerstimmen ausdrückt, zeigt, welcher Bedarf an Aufklärung besteht.

Das »Dritte Reich« ist nicht das einzige Thema im kollektiven Gedächtnis der deutschen Nation. Die Diktatur der SED spielt für die davon Betroffenen sogar die größte Rolle. Das

Feld der Erinnerung an die DDR ist gut bestellt, allerdings herrscht oft lautstark-fröhlicher Dilettantismus, der an Erinnerungsorten und in Sammlungen auf den Unterhaltungswert der Alltagskultur oder den Schrecken des Gewaltregimes setzt, nicht auf Erkenntnis und Einsicht in das Wesen des Staates und seiner Gesellschaft. Die DDR ist im erinnerungspolitischen Schaugeschäft zu sehr als Objekt der Nostalgie und zugleich als schaurige Attraktion des Fremdenverkehrs präsent. Sammler zeigen ihre Schätze an vielen Orten von Usedom im Norden bis Pforzheim am Rand des Schwarzwalds weit außerhalb des einstigen Territoriums der DDR. In den Dokumentationen, Museen, Informations- und Erlebniszentren dominieren bestimmte Aspekte. Faszinosa sind die Verkehrsmittel, mit denen man sich in der DDR bewegte, dann Gebrauchsgegenstände, die in beängstigenden Quantitäten in Räumlichkeiten mit dem Eingangsschild »Museum« dargeboten werden, beliebt sind Inszenierungen der Wohnkultur des DDR-Bürgers. Thematisiert wird andernorts die Erfahrung des Eingeschlossenseins und der deutschen Teilung in vielen Grenzmuseen und der Gedenkstätte zur Berliner Mauer. Zentral ist die Erinnerung an die Überwachung und den staatlichen Terror durch das Ministerium für Staatssicherheit. Zu oft folgen ohne weitere Reflexion die Präsentationen zur Geschichte des untergegangenen Staates der Totalitarismustheorie, die der DDR durch die Gleichsetzung mit der Hitlerdiktatur von allem Anfang an die Legitimation bestreitet. Möglicherweise ist es noch zu früh für eine Geschichte der DDR, die als vorurteilsfreie, nicht durch Erfahrung oder Ideologie belastete Gesamtdarstellung Akzeptanz beanspruchen kann. Der Interessierte wird deshalb mit der Fraktionierung in isolierte Themenfelder – Alltag, Verkehr, Militär, Staatssicherheit, Grenzregime – wohl noch länger leben müssen.

Zu den Versäumnissen der Wende gehört, dass es kein

DDR-Museum in öffentlicher Obhut gibt. Das Deutsche Historische Museum in Berlin ist der zuständige Ort, aber die 40 Jahre DDR-Geschichte haben im Gesamtkonzept des Hauses naturgemäß nur marginale Bedeutung. Ein Museum fehlt, das die Lebenswelt der DDR mit allen Facetten zeigt, das nicht nur als Touristenattraktion Besuchern aus dem Westen deren Klischees bestätigt, das die ehemaligen Bürger des Staates nicht denunziert. Es wäre die notwendige Ergänzung zu den Gedenkstätten im Stasi-Gefängnis, im DDR-Zuchthaus oder im Jugendwerkhof, die an das Unrecht erinnern.

Im Unterschied zum Vorgängerregime der Bundesrepublik und der DDR, das als gemeinsames Erbe zu erinnern ist, war die Deutsche Demokratische Republik nur ein kleines Kapitel der deutschen Geschichte, zwar von längerer Dauer als das »Dritte Reich«, aber angesichts der unvorstellbaren Verbrechen des Hitlerstaats nicht mit diesem gleichzusetzen. Das Erbe der DDR lastet auch nicht in gleicher Weise auf allen deutschen Bürgern, weder so zeitlich unbegrenzt wie der Judenmord noch so von Scham besetzt wegen des Jubels um den »Führer«, der alle ins Verderben führte. In diesem Buch ist deshalb das gemeinsame Erinnern an die nationalsozialistische Vergangenheit das dominierende Thema.

Zu Recht wird gefordert – spät genug –, die koloniale Vergangenheit in die nationale Erinnerung einzubeziehen. Die Zeit, in der das deutsche Kaiserreich Kolonialmacht war, endete im Ersten Weltkrieg. Sie hat Spuren hinterlassen in Afrika und in der Südsee, die an Demütigung, Ausbeutung, Missachtung erinnern. Die einstigen Kolonialherren und ihre Nachkommen haben das lange Zeit vergessen. Auch wenn dieser Aspekt einer ruhmlosen Vergangenheit allmählich ins öffentliche Bewusstsein einkehrt, ist er nicht gleichbedeutend mit den Exzessen nationalsozialistischer Herrschaft. Er muss nicht zwingend als Vorstufe kolonialen Anspruchs und kolonialer Herrschaft

unter NS-Ideologie verstanden werden und auch nicht als Etüde zum Völkermord der Schoah. Die Erinnerung an das »Dritte Reich« ist nicht symmetrisch mit der Vergangenheit der DDR und der kolonialen Geschichte. Das Erinnern an den Hitlerstaat gehört zum Wesenskern der Demokratie.

Dieses Buch ist aus der Erfahrung des Historikers geschrieben, dessen Karriere als studentische Hilfskraft im Archiv des Münchner Instituts für Zeitgeschichte mit der Auswertung der Akten des NS-Regimes über den Judenmord begann. Ich habe die Strafprozesse wegen der NS-Gewaltverbrechen verfolgt und als junger Wissenschaftler Täter und Opfer interviewt, mich schließlich der Erforschung des Antisemitismus gewidmet.

Zur akademischen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus kam das Engagement auf den Foren der Erinnerung: Die deutschen KZ-Gedenkstätten wurden in Ost und West um das Jahr 1965 eingerichtet. Mehr oder weniger kärglich ausgestattet in der Bundesrepublik, politisch instrumentalisiert in der DDR, blieben sie weitgehend den ehemaligen Insassen überlassen, die ehrenamtlich Besucher führten, Hinterlassenschaft archivierten, Gegenstände retteten, Erinnerung bewahrten. Politiker aller Ebenen sahen missgelaunt die Besucherströme aus dem Ausland nach Dachau pilgern.

In Neuengamme, dem Hamburger KZ, wurde nach Jahrzehnten des Provisoriums eine Kommission berufen, die sich Gedanken machen sollte über die künftige Gestalt des KZ-Geländes, das mit zwei Justizvollzugsanstalten überbaut war. Ich gehörte der Kommission an und lauschte bei der konstituierenden Sitzung einem konservativen Politiker, der uns beschwor, diesen Ort vor »Gedenkstätchengeschäftigkeit« zu bewahren, denn er sei ein »Hain der Toten«. Auf meine unschuldige Frage, was man dann mit den (damals noch) zahlreichen Überlebenden machen solle – die Ära der Zeitzeugen hatte noch nicht begonnen –, schwieg er verärgert.

Mit Barbara Distel, der langjährigen Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, gründete ich, nach dem Vorbild der *Hefte von Auschwitz*, die Zeitschrift *Dachauer Hefte*, die 25 Jahre lang, beginnend 1985, mit großem Erfolg, beträchtlicher Auflage und internationaler Resonanz, wissenschaftliche Studien zur NS-Verfolgungsgeschichte zusammen mit Texten von Zeugen öffentlich machte. Das Entstehen der Erinnerungskultur habe ich in den Beiräten der KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg, Sachsenhausen und Ravensbrück verfolgt, die Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz durfte ich ein wenig mitgestalten, und dem Beirat der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas gehöre ich als Sprecher von Anbeginn an. Auch mit anderen Gedenkorten bin ich seit Jahrzehnten verbunden. Angeführt ist dies, um anzudeuten, dass meine Kritik an Fehlentwicklungen und Defiziten der Erinnerungskultur den Hintergrund von Engagement und Erfahrung hat.

Denn das spät begonnene Zeitalter öffentlichen Erinnerns an die NS-Zeit hat mit der Professionalisierung des Gedenkens auch zur Ritualisierung und dank der staatlichen Fürsorge, die lange vermisst wurde, zur Bürokratisierung geführt. Historismus durch plagiierte Rekonstruktion untergegangener Bauwerke vereint großbürgerliche Honoratioren, Mäzene und Politiker zu vermeintlich sinnstiftendem Tun wie dem Wiederaufbau des Turms der Potsdamer Garnisonkirche. Abstrakter Ästhetizismus, der sich in unsichtbaren Zeichen selbst genug ist, und als Gegenpol wuchernder Kitsch in Denkmalsetzungen sind Versuche der Visualisierung des Gedenkens, die kritische Betrachtung verdienen.

Die Aufklärung über das schlimmste Kapitel deutscher Geschichte bedarf immer wieder neuer Formen. Ebenso das öffentliche Erinnern und Gedenken. Jede Generation muss die Möglichkeit haben, die notwendige Kenntnis der Geschichte auf ihre Weise zu erwerben. Es ist keineswegs nur Aufgabe der

Schule, die entweder gerügt wird, weil sie zu wenig Geschichtsunterricht bietet oder denunziert, weil sie angeblich die ganze deutsche Vergangenheit auf das »Dritte Reich« reduziert und nichts von der stolzen deutschen Geschichte vermittelt. Die Gefolgschaft des ehemaligen Geschichtslehrers Höcke und seiner Parteigenossen in der AfD verkündet solchen Unsinn, weil sie mit der Absage an die Demokratie auch die Erinnerung an die Gräueltaten unter nationalsozialistischer Ideologie aus tilgen will. Das böse Erbe bleibt jedoch, es geht weiter an kommende Generationen, die damit umgehen müssen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bleibt ein Auftrag für die gesamte Gesellschaft. Voraussetzung ist das Wissen über das Geschehene und seine Folgen. Aufklärung ist die einzige Möglichkeit, Kenntnis zu erlangen und damit umzugehen. Der Nutzen besteht in der Gesellschafts-, Staats- und Lebensform Demokratie, die Frieden, Recht und Freiheit garantiert.

1. Streit um das Erinnern

Woran erinnern?

Mit der Einheit Deutschlands ging eine Neugestaltung der Erinnerungslandschaft einher. KZ-Gedenkstätten gab es in der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren. Ihre finanzielle Alimentation war Sache der Bundesländer, den Inhalt überließ man lange Zeit den Opfern, die als ehemalige Häftlinge die Zeitzeugenschaft an den Stätten ihrer Verfolgung übernahmen. Damit wurden die Gedenkstätten zu Lernorten. In der DDR hatten die KZ-Gedenkstätten, wie in der BRD spät eingerichtet, politische Funktion zur Legitimierung der SED-Herrschaft. Dazu waren sie materiell und personell besser ausgestattet, aber die Professionalisierung bedeutete auch Ideologisierung im Zeichen eines staatlich gelenkten Verständnisses von Antifaschismus.

In die Neubestellung des Feldes der Erinnerung, zu der die Gründung der Gedenkstätten an die SED-Diktatur in ehemaligen Haftanstalten der sowjetischen Besatzungsmacht, Gefängnissen der Staatssicherheit und »Speziallagern« gehörte, schaltete sich die Bundesregierung ein und errichtete neue administrative Strukturen der Förderung. Die Behörde des/der »Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien« (BKM) im Bundeskanzleramt wurde planende Instanz und Schaltstelle der neuen Erinnerungskultur. 1999 legte der damalige Staatsminister für Kultur und Medien eine »Gedenkstättenkonzeption des Bundes« vor, die 2008 fortgeschrieben wurde. Dort wird das Ziel begründet, nämlich historisches

Bewusstsein der Bürger zu fördern und dadurch Demokratie zu stiften: »Das Verständnis der eigenen Geschichte trägt zur Identitätsbildung jeder Nation bei. Dazu gehören für uns Deutsche die Lehren, welche die Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland aus der verbrecherischen Herrschaft des Nationalsozialismus gezogen hat: Die unveräußerliche Achtung der Menschenwürde, das Bewusstsein für die Bedeutung der Freiheit und die Wertebindung des Grundgesetzes sind tragende Prinzipien unserer demokratischen Ordnung.«

Die Verpflichtung gegenüber der Geschichte des Nationalsozialismus wird erweitert durch die Erinnerung an die mit der Wende 1989/90 überwundene SED-Herrschaft: »Zum historischen Erbe des wiedervereinten Deutschland zählt seit 1990 auch die kommunistische Diktatur in der ehemaligen SBZ/DDR. Der auf dem Grundgesetz fußende antitotalitäre Konsens verbindet heute die demokratischen Parteien im Wissen um den menschenverachtenden Charakter dieser Diktatur. Darauf beruht unsere gemeinsame Verantwortung, das Gedenken an das menschliche Leid der Opfer wachzuhalten. Geschichte muss konsequent aufgearbeitet werden. Jeder Generation müssen die Lehren aus diesen Kapiteln unserer Geschichte immer wieder neu vermittelt werden.«¹

Die durch das Gedenken an das Unrecht, das unter DDR-Diktatur geschehen war, erweiterte Agenda brachte nicht nur neue Gedenkstätten zu diesem Thema, auch Topoi wie Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft im »Dritten Reich« fanden in Erinnerungsorten Gestalt. Zeitgeschichte wurde öffentlich, fand Publikum, setzte Historiker und Historikerinnen ins Brot. Auch Pädagogen und andere Fachleute, die Konzepte erstellen, Projekte ersinnen, Besucher informieren, Schüler aufklären, zum Erinnern und Gedenken professionell anleiten. Der aufblühenden Bürokratie, die auf staatlicher Seite fördert, lenkt und Erinnerung repräsentiert, stehen Netzwerke gegenüber, in